

18. Wahlperiode

PROTOKOLL

der öffentlichen Sitzung

des Schulausschusses

Sitzungsdatum: 8. November 2005
Sitzungsort: Hamburg, Rathaus
Sitzungsdauer: 17.00 Uhr bis 19.05 Uhr
Vorsitz: Abg. Marino Freistedt
Schriftführung: Abg. Britta Ernst
Sachbearbeitung: Monika Potztal

Tagesordnung:

1. Reform der gymnasialen Oberstufe
(Selbstbefassung gem. § 53 Abs. 2 GO)
mit
Drs. 18/805 Gymnasiale Oberstufe
(Große Anfrage der GAL-Fraktion)
und
Drs. 18/1219 Neue gymnasiale Oberstufe für Hamburg: Breitere Allgemeinbildung,
höhere Studierfähigkeit, bessere Vergleichbarkeit
(Antrag der CDU-Fraktion)
hier: Fortsetzung der Auswertung der Anhörung vom 31. März 2005
2. Bericht des Senats über den Haushaltsverlauf 2005
hier: Einzelplan 3.1 – Behörde für Bildung und Sport
3. 18/1903 Der Stellenplan der Schulbehörde
(Große Anfrage der GAL-Fraktion)
4. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Wilfried Buss (SPD-Fraktion)
Abg. Hartmut Engels (CDU-Fraktion)
Abg. Britta Ernst (SPD-Fraktion)
Abg. Luisa Fiedler (SPD-Fraktion)
Abg. Egbert von Frankenberg (CDU-Fraktion)
Abg. Marino Freistedt (CDU-Fraktion)
Abg. Christa Goetsch (GAL-Fraktion)
Abg. Robert Heinemann (CDU-Fraktion)
Abg. Gerhard Lein (SPD-Fraktion)
Abg. Dittmar Lemke (CDU-Fraktion)
Abg. Brigitta Martens (CDU-Fraktion)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Sabine Boeddinghaus (SPD-Fraktion)
Abg. Marita Meyer-Kainer (CDU-Fraktion)
Abg. Jan Peter Riecken (SPD-Fraktion)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig
Staatsrat Dr. Reiner Schmitz
SD Thomas Schuster
Oberstudiendirektor Dr. Wolfgang Dittmar
LRD Christoph Bohlen
LRD Dirk Nockemann
Ang. Dr. Thomas John
Oberschulrätin Elisabeth Rüssmann
RD Michael Stanke
ORR Frank Siebert
AR Hildegard Stamm

- Behörde für Bildung und Sport -

V. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

16 Personen

Zu TOP 1:

Keine Niederschrift, siehe Berichterstattung an die Bürgerschaft.

Zu TOP 2:

Keine Niederschrift, siehe Stellungnahme an den Haushaltsausschuss.

Zu TOP 3:

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter weisen einleitend darauf hin, dass die Antwort der Großen Anfrage neben grundlegenden Erläuterungen zu Lehrerstellenbedarf und –bestand auch Ausführungen zu Eckdaten und Praxis der Personalorganisation sowie zum Umfang der Sonderbedarfe enthalte. Da die Drucksache aufgrund ihres Entstehungszeitpunkts noch keine der zum 1.8.2005 erhobenen Daten aufführe, verweisen sie ergänzend auf die Drucksachen 18/2669 und 18/2753.

Inhaltlich halten sie fest, dass die Unterrichtsversorgung an den Schulen per Saldo gewährleistet sei, wenn auch an einzelnen Standorten Über- und Unterversorgungen, insbesondere in den Monaten mit hohem Krankenstand, existierten. Aufgrund der Feststellungen zu Unterrichtsausfällen und Versorgungslücken sei eine systematische Erhebung zum Unterrichtsausfall veranlasst worden, die vom 7.11. 2005 bis zum 20.1.2006 durchgeführt werde. Der Erhebungsfragebogen könne dem Ausschuss gern zur Verfügung gestellt werden, das Ergebnis der Erhebung werde ihm im Frühjahr 2006 bekannt gegeben werden. Um hinsichtlich des Stellenbestandes und der Stellenbesetzungen - herkömmlicherweise im blauen Teil des Einzelplans des Haushaltsplans dargelegt - mehr Transparenz zu schaffen, sei zudem erstmals der Auftrag für eine Aufstellung darüber erteilt worden, an welcher Stelle der Schulen welche Stellen wirksam würden, wobei auch die Stellen der Sozialpädagogen, des Sekretariats und der Hausmeister einbezogen würden. Diese werde im Januar 2006 vorliegen. Auch hinsichtlich der Sonderbedarfe werde über eine übersichtlichere Darstellung und darüber nachgedacht, sie dem Ausschuss regelmäßig vorzulegen.

Die SPD-Abgeordneten begrüßen die Bemühungen der Senatsvertreterinnen und -vertreter um Transparenz, die dem Ausschuss den Überblick über die reale Situation in diesem Bereich erleichtere.

Wie sie herausstellten, führe die Antwort aber auch den erheblichen Abbau der Lehrerstellen seit dem Regierungswechsel 2001 vor Augen, der dazu geführt habe, dass der jetzige Stellenbestand dem von 1990 entspreche. Im Verhältnis zu 2001 weise der Stellenbestand 400 Stellen weniger auf, 500 Stellen weniger seien besetzt, was auch die großen Klassen in vielen Schulen erkläre.

Bezug nehmend auf die in Drucksache 18/1701 enthaltene Angabe, dass 399 Stellen zum Schuljahr 2004/05 durch Klassenvergrößerung eingespart worden seien, fragen sie nach der entsprechenden Zahl zum Schuljahresbeginn 2005/06 und weiteren Veränderungen der Bedarfsgrundlagen, die zu Stellenabbau oder –erhöhungen geführt hätten.

Zu der Kritik der SPD-Abgeordneten, dass der Stellenbestand dem von 1991 entspreche, raten die CDU-Abgeordneten, auch die Entwicklung der Schülerzahlen mit zu berücksichtigen. Diese erbitten sie zu Protokoll, was von den Senatsvertreterinnen und –vertretern zugesagt wird.

Protokollerklärung der Behörde für Bildung und Sport vom 29.11.2005:

Die Auswertung der Herbststatistik 2005 liegt noch nicht vor.

Die Entwicklung der Schülerzahlen seit dem Schuljahr 2001/2002 ist der Drucksache 18/1592 zu entnehmen. In der Drucksache 18/2669 sind die Planungsdaten zum 1.8.2005 aufgeführt.

Auf die Bitte der SPD-Abgeordneten um Darlegung der Zahlen zur Personalorganisation zum 1.8.2005 verweisen die Senatsvertreterinnen und –vertreter auf die Drucksache 18/2753. Alle Bedarfsveränderungen im Lehrerstellenplan und in den Sonderbedarfen seien im Vorwort zum Einzelplan angegeben sowie in Drucksache 18/ 2349, Anlage 1.

Anknüpfend an die Einschätzung mancher Experten, dass in wenigen Jahren ein Lehrermangel eintreten werde, weil gegenwärtig nicht in erforderlichem Umfang Lehrkräfte ausgebildet würden, fragen die SPD-Abgeordneten, ob die Senatsvertreterinnen und -vertreter einen Überblick über den Lehrerbedarf in den nächsten 10 bis 15 Jahren und die dafür erforderlichen Ausbildungskapazitäten im norddeutschen Raum hätten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter bestätigen, dass es wegen der Altersstruktur der Kollegien Prognosen über einen ansteigenden Lehrerbedarf gebe. Allerdings hätten bislang die Bewerberzahlen drei bis acht Mal über der Zahl der verfügbaren Referendariatsplätze gelegen, so dass es – zumal auch aufgrund des Seiteneinsteigerprogramms – in Hamburg nie Probleme gegeben habe, auch Mangelfächer zu besetzen.

Als die SPD-Abgeordneten nach der Anzahl der aus den Sonderbedarfen stammenden Stellen für die Sprachförderung, deren Verteilung auf die einzelnen Schulkapitel und den eingetretenen Veränderungen nach Einführung des Sprachförderkonzeptes fragen, verweisen die Senatsvertreterinnen und -vertreter auf die Drucksache 18/2669.

Als die SPD-Abgeordneten wissen wollen, ab wann und in welchem Umfang Stellen für den Nachmittagsunterricht in Vorschulen genutzt würden, erläutern die Senatsvertreterinnen und –vertreter, dass die verpflichtende Gesetzesgrundlage für die Vorschulen erst zum Schuljahr 2006/07 bestehe. Vorgesehen seien dafür rund 28 Stellen.

Im zweiten Halbjahr des laufenden Schuljahrs sollten diese Kurse auf freiwilliger Basis angeboten werden. Dafür kalkulierten sie 12-14 Stellen, wobei die genaue Anzahl von der Inanspruchnahme der Angebote abhängt.

Die SPD-Abgeordneten merken an, dass 20% der Kinder nach Einführung der Gebührenpflicht die Vorschule nicht mehr besuchten und so sei fraglich, ob gerade die besonders bedürftigen Kinder rechtzeitig in das Sprachförderprogramm kämen. Auch sei ihrer Wahrnehmung nach die Kenntnis über diese Angebote unter den Eltern kaum verbreitet.

Zur anschließenden Frage der SPD-Abgeordneten, wie die Eltern informiert würden, erläutern die Senatsvertreterinnen und –vertreter, dass sie über die Schulen von den Angeboten erfahren sollten, weil diese die Kinder durch die Vorstellung der Viereinhalbjährigen und die Anmeldung kennen würden.

Auf Bitte der SPD-Abgeordneten um Mitteilung der aktuellen Zahlen der Überhänge und der Verwendung dieser Stellen beziffern die Senatsvertreterinnen und –vertreter

den Überhang zum 1.8.2005 auf 307 Stellen. Diese würden an einzelnen Schulen eingesetzt, die bei der Anpassung ihrer Unterrichtsangebote an die gestiegenen Basisfrequenzen besondere Schwierigkeiten zu bewältigen gehabt hätten.

Als die SPD-Abgeordneten anmerken, dass die Überhänge insbesondere zugunsten der Gymnasien verwendet worden seien, erklären die Senatsvertreterinnen und -vertreter, dass aus dem Tabellenwerk in der Drucksache keine Überversorgung der Gymnasien abgeleitet werden könne, zumal die Gesamtversorgung der Schule für die mögliche Zuteilung aus Überhängen ausschlaggebend sei, in der Drucksache aber nur die Zahl der unterfrequenten Klassen angegeben sei. Außerdem bekämen die Schulen nur das zur Bedarfsdeckung Notwendige.

Zur weiteren Erläuterung der Berechnungsweise gehen sie auf die Grundschulen ein: Dort seien zum Schuljahr 2004/05 die neuen ersten Klassen auf der Basis der neuen Basis- und Organisationsfrequenzen gebildet worden. Die Differenzen, die dadurch entstehen, dass bei den bestehenden weiteren Klassen keine Umverteilungen möglich seien, würden derzeit durch Überhänge ausgeglichen. Da nach drei bis vier Jahren alle Klassen auf Grundlage der neuen Frequenz organisiert seien, werde dann kein Ausgleichsbedarf mehr bestehen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter bestätigten den Eindruck der SPD-Abgeordneten, dass die Zahl der unterfrequenten Klassen in der Drucksache auf der Berechnungsgrundlage der neuen Frequenzen beruhe. Sollten in der Realität mehr unterfrequente Klassen vorhanden sein, müssten die Schulen zur Anpassung an die neuen Frequenzen zuerst ihre eigenen Organisationsmöglichkeiten ausschöpfen, bevor eine Unterstützung aus den Überhängen erfolge.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden vor, die Beratung der Drucksache fortzusetzen, wenn die eingangs angekündigte Aufstellung über Personalstellen und -einsatz vorliege.

Zu TOP 4:

Im Hinblick darauf, dass das geplante neue Arbeitszeitmodell für Schulhausmeister vor Einführung im Ausschuss diskutiert werden sollte, plädieren die SPD-Abgeordneten dafür, dies auf die Tagesordnung der Sitzung am 29.11.2005 zu nehmen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter sprechen sich dafür aus, darüber erst bei Vorlage der Tarifverträge zu diskutieren, die voraussichtlich im Januar zu erwarten seien.

Die SPD-Abgeordneten beziehen sich auf die Anregung der CDU-Abgeordneten, in der nächsten Sitzung über die Ergebnisse der PISA-Untersuchung zu beraten. Sie bitten darum, dass die Senatsvertreterinnen und -vertreter auch auf Nachfragen zu konkreten Hamburger Ergebnissen vorbereitet sein mögen.

gez.
Marino Freistedt
(Vorsitzender)

gez.
Britta Ernst
(Schriftführerin)

gez.
Monika Potztal